

Empfehlungen

1. Migrationsbedingte, rechtliche Benachteiligungen aufspüren und abbauen

Was aus migrantischer Sicht mit höchster Priorität auf der politischen Agenda behandelt werden muss, ist das Thema der zivil-, arbeits- und nicht zuletzt menschenrechtlichen Absicherung der global agierenden (zirkulierenden) Arbeitskräfte. Gegenwärtig tragen die Migrant/innen aus dem Süden die mit der zirkulären Arbeitsmigration verbundenen Lebensrisiken als persönliche Belastung. Das betrifft auch die Krankenversicherung, Altersversorgung, Arbeitsplatzsicherung, Bildungs- & Studienrechte für die Angehörigen.

2. Anerkennung migrantischer Co-Development – Effekte

Die Remittances wurden international (von der UNO als auch von der Internationalen Entwicklungsbank) als ein entwicklungspolitisch und ökonomisch relevanter Beitrag anerkannt, jedoch drückt sich das z.B. nicht in steuerlicher Gerechtigkeit aus. Bisher werden solche Benachteiligungen nicht thematisiert. Um hier effiziente Lobbyanstrengungen zu entwickeln, muss aussagefähiges Datenmaterial erhoben werden.

3. Sicherung der gleichberechtigten politischen Teilhabe von Migrant/innen

Voraussetzung für gleichberechtigte politische Teilhabe von Migranten und Migrantinnen sind die ersatzlose Streichung der Optionspflicht aus dem Staatsangehörigkeitsrecht, die generelle und dauerhafte Hinnahme von Mehrstaatigkeit durch Einbürgerung sowie die Trennung von Wahlrecht und Staatsangehörigkeit auf kommunaler Ebene.

4. Überwindung von Rassismus und Ausgrenzung

Im Zusammenhang mit den rassistischen Morden der terroristischen Untergrundeinheit NSU wurde in der Öffentlichkeit monatelang von „Döner - Morden“ gesprochen. Damit wurden die Gefühle der gesamten migrantischen Community und deren Angehörigen verletzt. Die Störung zwischen dem gesellschaftlichem Zentrum und Peripherie muss aufgearbeitet werden. Lobbyanstrengungen müssen die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte verfolgen. Zur Überwindung von bestehenden Stigmatisierungen sollen Begriffe wie Problembezirke oder Problemschulen, die auf eine numerisch hohe Anwesenheit migrantischer und diasporischer Familien hinweisen, vermieden werden. Umgekehrt ist zu empfehlen, dass die Stadtteile, Schulen oder Bezirke mit einem hohen migrantischen Anteil als besonders „empfehlenswert“ gelabelt werden.

5. Migrantische Netzwerke bilden

Alle aktuellen Datenerhebungen und Veröffentlichungen über MO belegen vor allem eine Gemeinsamkeit: Migrant/innen streben für die Umsetzung ihrer Interessen, die Entwicklung von notwendigen Lobbystrategien und das Schaffen politischer Teilhabe Selbstvertretung und bessere Vernetzung an. Die oft anzutreffende Vereinzelung des migrantischen Engagements erlangt nur eine geringe politische Kraft. Daraus leitet sich die Wichtigkeit der Gründung von migrantischen Strukturen ab. Zur Unterstützung dieser Ziele müssen sie in die Lage versetzt werden innovative community-, bereichs- und generationsübergreifende Konzepte umsetzen zu können. Empfehlenswert ist dabei der direkte Einbezug der Diaspora bzw. der zweiten Generation. Auch wenn es nicht viele gibt, haben die wenigen konkreten Beispiele bundesweit Leuchtturm-Wirkung. Zu nennen sind hier das Forum der Kulturen in Stuttgart, die migrantische Selbstvertretung Migranet in Mecklenburg Vorpommern und die Gründung des ersten Berliner Verbandes von Migranten in der Einen-Welt-Arbeit moveGLOBAL e.V. Den migrantischen Trägern solcher Netzwerke gebührt eine key-role aufgrund des migrantischen Expertenwissens.

6. Role model als good practice

Migrant/innen lernen am besten von anderen erfolgreichen, selbstbewussten Migranten. Kompetenzen wie transkulturelle Empathie und interkulturelle Konfliktstärke oder auch Diversity-Kompetenzen sind nachweislich bei denjenigen am ehesten zu finden, die aus der eigenen Lebenssituation wissen, was es heißt, sich trotz des Merkmals «Migrant/in» erfolgreich als zivilgesellschaftlicher Akteur, Fachkraft oder als Unternehmer in dieser Gesellschaft einzubringen.

7. Diversity Mainstreaming

Das Konzept Diversity geht davon aus, dass es unabdingbar ist, (migrationsbedingte) Vielfalt als eine zentrale Ressource für die Gestaltung von Gesellschaft anzuerkennen. Das kann nur mit integrativen und diversitätsbewusst arbeitenden Bildungseinrichtungen erreicht werden, die die Bedeutung von Mehrfachzugehörigkeiten und hybriden Lebensentwürfen von Jugendlichen als Normalität anerkennen und ihre Bildungsziele daran ausrichten. Die bisherigen Konzepte in diesem Bereich sind oft defizitorientiert und korrespondieren kaum mit den Lebenswirklichkeiten der Betroffenen.



Auszug aus dem Jahresbericht EUNOMAD 2012,
Herausgeber: MEPA e.V., Seite 29 ff.

8. Schaffung eines Redigier-Services

Keine Redaktion in Deutschland verfügt über ein Redigier-Service für die Fertigstellung der Beiträge von migrantischen Journalisten. Dabei dürfte die Schaffung eines solchen Services den Redaktionen kein Problem bereiten. Offensichtlich ist es nicht gewollt, dass andere Stimmen die deutsche Wirklichkeit thematisieren. Die Gründung von Massenmedien seitens der Menschen mit Migrationserfahrung wird durch ihre finanzielle Situation unmöglich gemacht. In den Fällen, in denen solche Medien von Kulturbehörden der Bundesländer oder von Nicht-Regierungsorganisationen finanziert werden, kommen die Unternehmungen letztendlich zum Erliegen, weil die Finanzierung niemals - als wäre es ein Vorsatz - den Vertrieb und die Werbung mit einbezieht. So konstatiert die deutsche Politikerin und Kulturreferentin der FDP in Hamburg bei einer Podiumsdiskussion des Bundesfachkongresses für Interkulturalität in Hamburg im Oktober 2012: "Die Medien der Migranten erreichen nicht ihr Zielpublikum". Sie verschweigt das Problem mit dem Vertrieb und der Werbung und lässt in der Luft die Idee hängen, die Projekte seien nicht genug durchdacht. Das Bundesamt für Migration sollte finanzielle Ressourcen bereitstellen, damit ein bundesweiter Redigier-Service als Internetplattform geschaffen werden kann und Migranten der ersten Generation eine Monatszeitung von bundesweiter Verbreitung betreiben können.

9. Aufklärung der Terrorakte der NSU

Die Migrantenorganisationen in Deutschland fordern eine umfassende Aufklärung der Terrorakte der NSU und die möglichst schnelle Anklage aller, die damit in Verbindung standen und der terroristischen Bande geholfen haben.

10. Verbot der NPD

Die Migrantenorganisationen fordern und empfehlen bereits seit Jahren das Verbot der verfassungswidrigen NPD und unterstützen die Initiative der Länder und des Bundesrats in diese Richtung. Die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat muss alles unternehmen, um ein erfolgreiches Verbot dieser Partei zu erreichen. In diesem Moment müssen alle Verfassungsorgane Einigkeit und Geschlossenheit zeigen.

Auszug aus dem Jahresbericht EUNOMAD 2012,
Herausgeber: MEPA e.V.